

# Konkretes politisches Engagement der Bürger für die Demokratie ist nicht förderungswürdig, dafür aber korrumpierte Parteien und ihre Stiftungen!

Das ist die bedrohliche Botschaft, die der Bundesfinanzhof mit seinem Urteil gegen attac aussendet. Letzte Woche hat das Gericht dem globalisierungskritischen Verein die Gemeinnützigkeit abgesprochen.

**Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, dass kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft in Bedrängnis geraten. Längst haben einige Parteien weitere Initiativen ins Visier genommen, um kritische Stimmen mundtot zu machen.**

Auch **abgeordnetenwatch.de** wird immer wieder zur Zielscheibe: Weil einigen Politikerinnen und Politikern ihre Recherchen zu **Nebentätigkeiten, Lobbyeinflüssen und Parteispenden** ein Dorn im Auge sind, greifen sie alle Kritiker öffentlich an.

Ex-Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) verunglimpfte **abgeordnetenwatch.de** als „unseriöse Organisation“, nachdem sie über seine stattlichen Nebeneinkünfte aus der Wirtschaft berichtet hatten.

Der CSU-Politiker Hans-Peter Uhl nannte **abgeordnetenwatch.de** wegen der Arbeit für ein verbindliches Lobbyregister eine "Aufpasserorganisation", die in einer Demokratie niemand brauche.

Peer Steinbrück von der SPD beschimpfte **abgeordnetenwatch.de** als "kommerziellen Haufen", nachdem sie seine horrenden Vortragshonorare publik gemacht hatten.

**Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft, um einem korrumpierten Parteiensystem und deren Politiker Einhalt zu gebieten!**

Hier noch einmal zur Erinnerung:

Die 1999 aufgedeckte illegale Spendenpraxis der CDU in den 1990er-Jahren unter dem damaligen CDU-Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Helmut Kohl. In die Affäre waren einige Politiker und Institutionen verwickelt, darunter Wolfgang Schäuble (wo sind die 100.000 DM von Karlheinz Schreiber?), Max Strauß, Roland Koch, Manfred Kanther, der Süßwarenhersteller Ferrero und Thyssen.

Um die Schweinereien der CSU aufzulisten bedürfte es eine Unmenge von Seiten, aber auf folgender Webseite sind sie aufgelistet, wie z.B.. Die Amigo-Affäre und vieles mehr:

<http://www.gavagai.de/skandal/HHD08.htm>

Mit Bekanntwerden des dubiosen Transfers von Millionensummen über die Schweiz hat die **SPD-Spendenaffäre** in Köln neue dramatische Ausmaße angenommen ( FAZ vom 07.03.2002). SPD-Generalsekretär Franz Müntefering hat am Donnerstag die vollständige Aufklärung der Spendenaffäre um die SPD in Köln zugesichert und zugleich ausgeschlossen, von den Vorgängen als früherer SPD-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen etwas gewusst zu haben.

**FDP** in NRW versinkt im Schwarzgeld-Sumpf - Auf Möllemann-Konten in Luxemburg lagen mehr als 11 Millionen Mark  
(Stern 10. Dezember 2003 11:31 Uhr)

Der **grünen** Heinrich-Böll-Stiftung wird vom Bundesrechnungshof vorgeworfen, über Jahre Bundeszuschüsse, unter anderem für „unzulässige Parteispenden“, zweckentfremdet zu haben. So soll die Stiftung, die pro Jahr etwa 18 Millionen Mark Steuergelder vom Bund erhält, Bündnis 90/Die Grünen große Preisnachlässe bei der Anmietung von Tagungsräumen gewährt haben.

Der **Linkspartei droht ein Parteispendenskandal**. Die Bundestagsverwaltung untersucht mögliche Zahlungen des WASG-Vereins, die bei der Partei nicht ordnungsgemäß verbucht wurden. Nach FOCUS-Informationen könnte auf die Linke Nachzahlungen in Höhe von weit über 300 000 Euro zukommen (lt. Focus 08-10-2010).

Die **AfD** steht den anderen korrumpierten Parteien in nichts nach! Auch sie hat ihre Spendenaffären, über die wir erst im Nachhinein genaueres erfahren werden.

Konrad Adenauer wäre nie Bundeskanzler geworden und nicht geblieben, wenn er sich an Grundgesetz und demokratische Verfahren gehalten hätte. Schwarze Kassen, Schweizer Nummernkonten, Liechtensteiner Stiftungen, gefakete Anzeigen, Tarnorganisationen und Geheimdienste im In- und Ausland: Mit Verfassungsbruch und krimineller Energie finanzierten Konzerne die Regierungsparteien der neu gegründeten Bundesrepublik – und schon vorher. Interessant ist auch die von **Werner Rügemer** beschriebene Umpolung der Europa Union auf eine konservative, wirtschaftsnahe Linie und die Erfindung von NGOs. Schon in den fünfziger Jahren wurden Vorfeldorganisationen für politische Zwecke missbraucht. Wie heute WWF und NABU.

**Was für eine Verrückte Welt, im Grunde sollten die etablierten Parteien vom Verfassungsschutz überprüft werden, denn sie haben sich immer wieder Verfassungswidrig verhalten.**